

Kognitive Abkehr der Geldschwemme-Mentalität hin zum nächsten falschen Lösungsansatz

Ein falscher Ansatz wird durch einen anderen falschen Ansatz ersetzt

Die Panik einer weltweiten konjunkturellen Abschwächung scheint sich mittlerweile in die Agenda aller publizitätswirksamen Akteure geschmuggelt zu haben, als gelte es, dem allgemeinen «Mode»-Trend zu folgen. Gleichzeitig wird den alten ökonomischen Modellen abgeschworen und diese werden teilweise sogar als untauglich deklassiert. An dieser Stelle soll die Prognose gewagt werden, dass wir in absehbarer Zeit schmerzlich erfahren werden, wie gut die ökonomischen Modelle in Wirklichkeit funktionieren. Das temporäre Nichtfunktionieren kann als Anomalie gewertet werden, die durch übermässiges Eingreifen staatlicher Institutionen, im Wesentlichen der Notenbanken, dazu führt, dass die Gesetze einer «freien» Marktwirtschaft nicht so funktionieren, wie die Modelle es suggerieren. Deshalb gehören die Modelle noch lange nicht in das historische Naturkundemuseum.

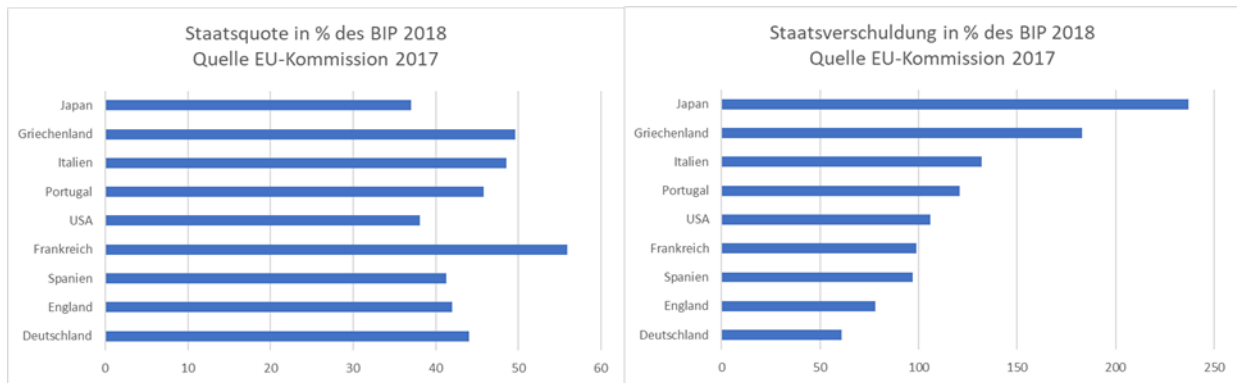
Die Bulgarin Kristalina Georgieva, neue IWF-Chefin, nahm den Faden ihrer Vorgängerin auf und mahnte die «potenten» Volkswirtschaften, grosszügiger mit der Portokasse umzugehen, sprich, mehr Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Obwohl im Speziellen Deutschland gemeint ist, wird dies selten explizit erwähnt. Abgesehen davon gibt es neben Deutschland und den Niederlanden keine Volkswirtschaft, die nur annähernd in der Lage wäre, mit dem Budgetdefizit zu experimentieren.

Man scheint, wenn auch um Jahre verspätet, der Einsicht zu erliegen, dass die Geldschwemme allein nicht zum erhofften Erfolg führt. Was für eine Überraschung! Auch wenn die vorgebrachte Begründung, die zu diesem Schluss führt, falsch ist, so stimmt zumindest das Resultat. Schultechnisch argumentiert: falscher Lösungsweg, aber korrektes Resultat. Dies kann in der Regel nur dann sein, wenn man das Resultat vom Nachbarn abgeschrieben hat.

Die Geldschwemme hat zumindest dazu geführt, dass sich Staaten und Unternehmen zu extremst tiefen Zinskosten finanzieren konnten und immer noch können und als Folge daraus mit der weiteren Verschuldung keine Mühe bekunden. Würden die Anleger einen Zins erhalten, der sie für das eingegangene Risiko korrekt entschädigt, dann wäre die Finanzierung der Staatsschulden für so manche Volkswirtschaft nicht möglich. Es findet somit kein korrekter Risikotransfer statt. Versicherungsgesellschaften würden in Konkurs gehen, wenn die durch die versicherte Kundschaft bezahlten Versicherungsprämien die durch die Versicherung eingegangenen Risiken nicht korrekt abdecken würden. Die Notenbanken sind somit verantwortlich dafür, dass die Bevölkerung für ihr Eingehen von Risiken nicht korrekt entschädigt wird.

Wie aber bereits der Weg der Geldschwemme von vorne herein der falsche Lösungsansatz zur Stimulierung der Wirtschaft war, so ist auch die Auferstehung des Keynesianismus in der jetzigen Situation erwiesenermassen kontraproduktiv. Japan hat es uns bereits vorgelebt, dass Jahrzehnte exorbitanter staatlicher Konjunkturbelebungsprogramme, ausser einer ausufernden Staatsverschuldung, nichts bringen. Wahrscheinlich müssen wir uns selbst die nächsten zehn Jahre die Nase blutig schlagen, bis wir zur selben Erkenntnis gelangen.

Mit Verweis auf meinen Blog «Linearität als verzerrte Wahrnehmung der Wirtschaftsakteure» erlaube ich mir, hier nochmals den Spiegel der Staatsverschuldung und Staatsquoten einzublenden.



Seit dem Beginn der Finanzmarktkrise 2008 predigen Politiker die Züchtigung staatlicher Ausgaben und verlangen eine strenge Budgetdisziplin. Obwohl sich die Staatsverschuldung seit 2008 trotz dieser Ermahnungen in tragischer Weise verschlechtert hat, gilt heute als knauserig, wer der Spartugend Folge leistet. Von heute auf morgen haben sich somit die Ansichten geändert. Sie haben sich geändert, weil sie nicht zielführend waren. Die Chancen stehen gut, dass die neue Strategie ebenfalls nicht zielführend sein wird. Die italienischen Regierungen (bewusst in der Mehrzahl genannt, da die Regierung in Italien laufend wechselt) können sich auf die Schulter klopfen, da sie den Ansatz einer generösen Schuldenökonomie schon seit eh und je unterstützten. Deutschland wird beispielsweise nahegelegt, die Schuldenbremse zu lockern und grosszügig Geld auszugeben. Mehr auszugeben, als man einnimmt, wird zur Tugend! Dass der Staatsanteil am Bruttoinlandprodukt (Wirtschaftsleistung) dadurch weiter zunimmt und durch immer mehr Steuergelder finanziert werden muss, was wiederum den privaten Konsum schmälert, wird politisch korrekt ausgeblendet. Auch der Laie begreift, dass es hier mit der Nachhaltigkeit etwas hapert.

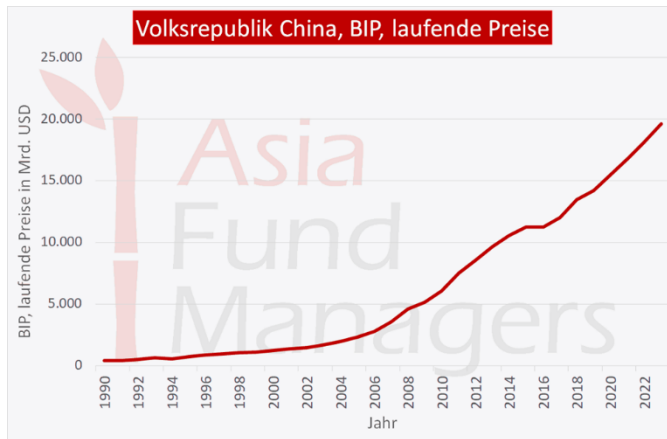
Warum und wie es soweit kommen konnte, wurde in meinen Beiträgen verschiedentlich aufgezeigt. Viele Unzulänglichkeiten entstanden und entstehen aus dem Willen, politisch überleben zu wollen.

Die Widersprüche in der Wirtschaftsordnung sind allgegenwärtig. Auf der einen Seite wird wirtschaftliches Handeln gefordert, auf der anderen Seite wird man im Handlungsspielraum regulativ so stark eingeschränkt, dass die Nettobilanz oft negativ ausfällt.

Wachstumsrate als Verhältniszahl

Die Veränderung des Wirtschaftswachstums wird korrekterweise in Prozentzahlen angegeben respektive die prozentualen Veränderungen werden Jahr für Jahr miteinander verglichen. Prozentzahlen sind Verhältniszahlen. Auch hier gilt das Gesetz abnehmender Grenzerträge. Ein absoluter Betrag von 100 entspricht 10 % von 1'000 und nur 1 % von 10'000. 100 bleiben aber immer 100. Das bedeutet, dass absolut gesehen das Wachstum stagnieren oder sogar gesteigert werden kann, im Verhältnis zum Basiswert jedoch stagnieren respektive schrumpfen kann. Das liegt in der Natur der Sache. Im Jahre 1800 beispielsweise bestand die Weltbevölkerung aus ca. einer Milliarde Menschen. Eine Verdoppelung hätte einen Zuwachs von 100 % bedeutet. Bei einer Weltbevölkerung von heute rund 7.7 Milliarden Menschen würde das Wachstum einer Milliarde Menschen einem Zuwachs von nur noch rund 13 % entsprechen. Das Wachstum wäre also von 100 % auf 13 % gefallen.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel. Nicht selten wird die Verlangsamung des Wachstums der chinesischen Volkswirtschaft zum Anlass genommen, um auf die «dramatische» Entwicklung hinzuweisen. Die chinesische Wirtschaft wird voraussichtlich «nur» noch 6 % wachsen. Früher waren es Werte von über 10 %. Früher war die chinesische Wirtschaft auch ein Winzling. Jedes kleine absolute Wachstum bedeutete umgemünzt in relativer Grösse Rekordwerte im



weltweiten Vergleich. Mittlerweile ist China nach den USA zur zweitgrössten Volkswirtschaft avanciert. 6 % Wachstum ist heute ein Mehrfaches, in absoluten Zahlen, von den früheren 10 %. Fügen wir noch einen weiteren Punkt an. Die Weltbevölkerung betrug vor 200 Jahren eine Milliarde Menschen. Heute sind wir bei knapp 7.7 Milliarden. Die Erde selbst und ihre Ressourcen vermehren sich hingegen nicht. Im Gegenteil: Gewisse

Ressourcen neigen sich ihrer Erschöpfung entgegen.

Wenn die Basis sich nicht vergrössert, dann ist es mehr als natürlich, dass die Elemente auf der Basis über kurz oder lang auch in ihrem Wachstum gehemmt werden. Ein Teil kann durch technologischen Fortschritt kompensiert werden, aber eben nur ein Teil.

Um es auf den Punkt zu bringen: Früher oder später müssen wir uns bescheidener geben. So etwas zu verkünden wäre natürlich politischer Suizid. Also machen wir weiterhin auf Panik und schlucken das Placebo.

Kostenlose Lösungsansätze

Immer wieder werde ich gefragt, was denn eigentlich ein umsetzbarer und wirksamer Lösungsansatz sei, um einer schwächelnden Wirtschaft etwas Schwung zu verleihen. Und wie könnte man das Ganze angehen, ohne dass daraus wieder enorme Kosten und eine weiter steigende Verschuldung resultieren? Natürlich ist die Antwort darauf nicht so schnell gefunden, wie die Frage gestellt ist. Das Ganze ist dann doch etwas komplexer. Wir haben es komplexer gemacht.

Neben der Ursachenergründung gehört natürlich auch dazu, dass, wie oben erwähnt, wir akzeptieren müssen, dass eine Verlangsamung naturgegeben ist. Erinnern wir uns an das Gesetz des abnehmenden Grenzerfolges. Im Sinne der Nachhaltigkeit und unseres Verantwortungsbewusstseins gegenüber nachfolgenden Generationen müssen wir diesem Umstand auch Rechnung tragen.

Einen der grössten Wachstumsbremsen sehe ich in der seit Jahren exponentiell wachsenden Regulierungswut. Ich denke, dass kaum jemand in der Unternehmerwelt widersprechen würde. Vereinfachen wir die Basis unserer Überlegungen und teilen die Welt in zwei Menschenkategorien auf. Die eine Kategorie sind Unternehmer, die andere Politiker. Um es noch etwas zu präzisieren, sei hier ergänzend erwähnt, dass in den meisten Volkswirtschaften Politiker vollberuflich tätig sind. In der Schweiz kennen wir noch das Milizsystem. Das bedeutet, dass Politiker auch Unternehmer sein können. Wie beschäftigen sich nun diese beiden Kategorien Menschen?

Unternehmer haben Visionen und sind nicht selten ehrgeizig. Sie sind bestrebt, möglichst effizient Erträge zu generieren. Dazu stellen sie Arbeitskräfte ein (eine weitere Kategorie Menschen, auf die hier nicht weiter eingegangen wird). Die Unternehmer versuchen, die Prozesse effizient und dadurch die Kosten gering zu halten, damit sie den marktwirtschaftlichen Forderungen (Gewinnerwartungen, Lohnerwartungen, Konkurrenzdruck etc.) nachkommen können. Sie forschen, sie entwickeln. Sie sind kreativ und tragen zur technologischen Weiterentwicklung bei. Die dabei erzielten Erfolge motivieren sie, weitere Ziele zu verfolgen und neue Ufer anzustreben. Und sie schaffen weiter Arbeitsplätze. Vor allem aber gehen Unternehmer Risiken ein. Das heisst, sie riskieren, in ihren Bemühungen zu

scheitern. Obwohl viele scheitern, scheint es in der Natur der Menschen zu liegen, es doch immer wieder zu versuchen. Unternehmer begründen ihre Daseinsberechtigung mit dem wirtschaftlichen Erfolg, den sie erzielen. Unternehmerisch zu denken und zu handeln scheint für viele natürlich zu sein. Würde man dies unterdrücken, dann würde man gegen die Natur des Menschen handeln.

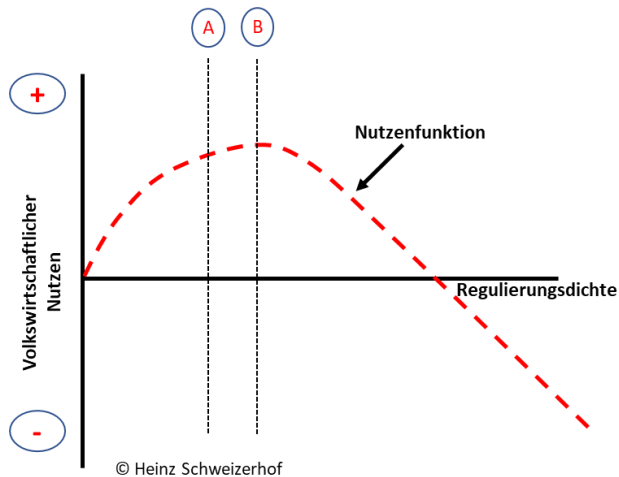
Verliert ein Land das Unternehmertum, dann fehlen die Anreize, Risiken einzugehen und entsprechende Visionen umzusetzen. Dem Unternehmertum kann aus zwei Gründen die existenzielle Grundlage entzogen werden: zum einen durch ein entsprechendes politisches System, wie wir es in kommunistischen / sozialistischen Staaten immer wieder erleben durften, so beispielsweise in der ehemaligen DDR. Zum anderen, indem wir nach aussen eine freie oder soziale Marktwirtschaft proklamieren, im Inneren jedoch durch die Förderung von immer mehr staatlichen Stellen und der daraus resultierenden steigenden Zahl an Regulierungen dem Unternehmertum kontinuierlich den lebensnotwendigen Sauerstoff verwehren.

Was aber zeichnet Politiker aus? Zwei Eigenschaften dürften Unternehmer und Politiker gemein haben. Sie sind in der Regel beide ehrgeizig, allerdings aus unterschiedlichen Motiven. Auch das Streben nach Macht dürfte bei beiden Kategorien vorhanden sein, wobei der Kategorie «Politiker» zu unterstellen ist, dass diese Eigenschaft weiterentwickelt ist.

Eine der Hauptaufgaben der Kategorie «Politiker» ist die Erarbeitung gesetzlicher / regulativer Rahmen für die Wirtschaft. Sie schaffen den Inhalt für das Gefäss der Staatsgewalt – ein Element, ohne das eine moderne Demokratie nicht denkbar wäre. Dadurch definieren und rechtfertigen sie ihre Daseinsberechtigung. Gäbe es nichts oder nichts mehr zu regulieren oder anderweitig gesetzlich zu definieren, wären sie weitgehend obsolet, oder man bräuchte sie zumindest nicht in dieser hohen Anzahl. Politiker erwirtschaften keine Erträge. Sie nehmen für sich jedoch in Anspruch, dass ihr Wirken zu mehr Wohlstand führt. Um nur einen ganz kleinen Einblick zu erhalten, hier einige Zahlen: Allein die Europäische Kommission beschäftigt 32'000 Personen. Im Europäischen Parlament sind rund 7'500 Personen im Generalsekretariat und in den Fraktionen tätig. Dazu gesellen sich noch weitere Zweige, die als Zudiener tätig sind. Man bedenke hier die Kosten. Hier handelt es sich um Personen, die in Brüssel zum «Wohle» der EU beschäftigt sind. Dazu gesellen sich alle Staatsbedienstete der Mitgliedsstaaten. Auch diese dezentralen Regierungsapparate mussten aufgrund der aufwendigen Schnittstellen mit Brüssel signifikant ausgebaut werden. In Anbetracht dieser immensen und weiter anwachsenden Zahl an Menschen, die beschäftigt werden müssen, ist die Flut an Gesetzen und Regulierungen ein absolut natürliches Phänomen. Es ist ihr Job, genau dies zu tun.

Immer wenn man in der Geschäftswelt den Eindruck hat, dass der Bogen an Regulierung nun überspannt ist, werden wir eines Besseren belehrt. Der Bogen kann weiter und immer weiter gespannt werden. Die Kreativität ist hier grenzenlos. Die Neidbereitschaft gegenüber Volkswirtschaften, die es bis anhin noch einigermaßen gut schaffen, über die Runden zu kommen, ist pure Energie für den Ideenreichtum an Gesetzen und Regulierungen. Sollte sich ein Gesetz oder eine Regulierung als «verrückt» herausstellen, dann werden diese trotzdem bis zum Ende durchgedrückt. Einen Gesichtsverlust will man, wenn immer möglich, vermeiden.

Ein aktuelles Beispiel einer «verrückten» Idee ist die Unternehmensbesteuerung international tätiger Konzerne, die durch die OECD angestrebt wird. Um die Idee der OECD kurz zu beschreiben: Die Unternehmen sollen dort besteuert werden, wo ihre Güter gekauft werden, und nicht an ihrem Firmensitz. Dass die Güter im Land des Konsums bereits durch die Mehrwertsteuer belegt werden, scheint nicht zu genügen. Viel wurde bereits darüber berichtet. Ausnahmslos wurde auf die «Verrücktheit» der Umsetzung hingewiesen. Administrativ wird hier ein neuer Goliath geschaffen. Ein Goliath, der weiter auf die Produktivität und das



Wachstum drückt. Es ist eine Tatsache, dass Gesetze und Regulierungen absolut notwendig sind. Wie in der Nutzenfunktion links ersichtlich, tragen staatliche Eingriffe bis zu einem gewissen Punkt zur positiven Wirtschaftsentwicklung bei. Ab einem gewissen Punkt sinkt der positive Beitrag und fällt sogar ins Negative. Die Regulierungsdichte sollte sich irgendwo links von Punkt A befinden. Bereits zwischen Punkt A und B führt eine Zunahme der Regulierungsdichte zu einer starken Abflachung des Nutzens,

spricht zu einer unverhältnismässigen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Effizienz. Alles, was sich rechts von Punkt B befindet, ist schädlich für die Wirtschaft. Die Hürden werden immer höher. Demotivation macht sich breit. Die Unternehmen verschwenden immer mehr Zeit und Geld damit, sich mit den Regulierungen und nicht mit dem Tagesgeschäft auseinanderzusetzen. Wir haben es so weit gebracht, dass es praktisch keine Branche gibt, die nicht Unmengen an Ressourcen einsetzen muss, um sich mit produktivitätsverschlingender Regulierung zu beschäftigen. Es wird gar schon von einer Beschäftigungstherapie gesprochen. Und es ist kein Ende in Sicht. Positiv zu Buche schlägt, dass in den letzten Jahren viele neue Stellen geschaffen wurden, die sich in den Unternehmen selbst um die Konsequenzen aus der Regulierungsflut kümmern. Negativ hingegen ist, dass diese neuen Stellen nur Kosten und keine Erträge generieren. Dass schlussendlich der Konsument diese Kosten über den Erwerb eines Produktes bezahlen muss, ist naheliegend.

Dabei wäre es so einfach. Die Beseitigung übermässiger Hürden würde zum einen nichts kosten, zum anderen wirtschaftliches Handeln fördern. Es geht auch gar nicht darum, die positiven Errungenschaften unseres Systems abzuschaffen. Es geht darum, einen adäquaten Gebrauch zu praktizieren. Raum zum Atmen geben. Raum für Kreativität und Unternehmertum. Es darf nicht sein, dass Verfehlungen Einzelner durch einengende Vorschriften flächendeckend geahndet werden. Genau das passiert heute. Das bedingt natürlich auch, dass wir bereit sein müssen, gewisse Risiken in Kauf zu nehmen. Mehr Eigenverantwortung sollten sich die Bürger zu eigen machen.

Fazit

So schlicht der Lösungsansatz anmuten mag, so unwahrscheinlich ist es, dass er auch nur ansatzweise umgesetzt wird. Die dem Marxismus Verfallenen sind bereits so zahlreich, dass sie es zu verhindern wissen, sich selbst wegzurationalisieren. Vielleicht schaffen wir es, die durch die Regulierungsflut entstandene Ineffizienz durch technologischen Fortschritt zu kompensieren. Wir werden sehen.

Wichtig ist, dass man versteht, dass es nicht zielführend ist, wenn mit nationalen und internationalen Regulierungsfesseln der Atemweg der Wirtschaft immer weiter eingeschränkt wird. Einen adäquaten Weg zu gehen, braucht jedoch Mut. Mut, der auf der politischen Ebene

nicht honoriert wird. Um die geld- und fiskalpolitischen Fehler der letzten und kommenden Jahre zu beseitigen, werden mehrere Generationen vonnöten sein. Je länger wir mit einem Sinneswandel zuwarten, desto schlimmer werden die zu tragenden Konsequenzen sein.

Dies soll uns jedoch nicht daran hindern, davon zu träumen, wie schön es sein könnte, sich etwas freier in der Wirtschaft bewegen zu dürfen.

Heinz Schweizerhof